

## 5. Ansätze zu einer Radikalisierung des Modells zivilgesellschaftlicher Politik

Zweifellos gibt es einen intimen Zusammenhang zwischen dem Projekt einer reflexiven Radikalisierung der Demokratie, einer (unvermeidlichen) Subjektivierung von Steuerungs- und Integrationsleistungen und steigenden Anforderungen an den Staatsbürger. Genau diese Konstellation hat auch Münkler im Blick, wenn er darauf verweist, daß eine theoretisch konsistente und empirisch gehaltvolle Explikation der Demokratie ohne den Rückgriff auf den republikanischen Tugenddiskurs schwer zu haben sein dürfte. Seine These ist, daß »politische Tugend, verstanden als nicht erzwingbare Intention der Orientierung unserer Handlungen am Gemeinwohl... der Zentralbegriff der Selbstexplikation einer Gesellschaft (ist), welche die Ideale von Freiheit und Toleranz weniger mit dem Imperativ ihrer institutionell gebundenen Verstetigung als vielmehr dem ihrer Regenerations- und Anpassungsfähigkeit unter den Bedingungen traditionelle Werte konsumierender und/oder Normen generierender gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen zu kombinieren sucht« (Münkler, 1992: 28). Nehmen wir diesen Gedanken ernst, dann erscheint politische Tugend gleichsam als Substitut für den im Zusammenhang der ökologischen Krise weggebrochenen Fortschrittsoptimismus, als Wertebasis und Motivationsquelle eines Handelns, das den Verzicht auf die Steigerung von Optionen (Offe, 1986) durch die reflexive Kontrolle der eigenen Wünsche und Bedürfnisse am Gemeinwohl einzulösen sucht.

Diesen Hinweis auf ein irreduzible subjektives Moment im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung und Demokratisierung möchte ich zum Anlaß nehmen, um wenigstens kurz ein staatsbürgerliches Kompetenz- und Qualifikationsprofil nachzuzeichnen, wie es sich aus zwei mit dem Konzept der »civil society« verbundenen Anforderungen ergibt: das sind zum einen Anforderungen, die sich aus dem Problem der autonomen Reproduktion einer konflikthaften Praxis ergeben, die eine moralisch-reflexive Kompetenz gerade angesichts der zunehmenden Moralisierung politischer Fragen in besonderer Weise herausfordert; das sind zum anderen Anforderungen an die Ausbildung auch sachlich und zeitlich reflexiver Fähigkeiten des einzelnen, die durch dessen stärkere Inanspruchnahme in partizipatorisch geöffneten Entscheidungszusammenhängen entstehen.

Den ersten Gesichtspunkt kann man auch als Frage nach dem Zuschnitt der Tugenden aufnehmen, die im Zusammenhang thematisch nicht restriktiver öffentlicher Diskurse zu mobilisieren wären. Dieser Frage nehmen sich in einem instruktiven Aufsatz Gutman und Thompson (1990) in einer Auseinandersetzung mit dem liberalen Prinzip der Neutralität an. Zu diesem Zweck müssen sie den klassischen Dreischritt liberaler Theorie vom Skeptizismus zum Neutralitätsprinzip und zur Entpolitisierung (»method of avoidance«) schon an der Stelle unterbrechen, wo sich die Frage der Se-

lektivität der »principles of preclusion« stellt, die sich aus Sorge um die Vernünftigkeit öffentlicher Deliberation wie ein Filter vor die Öffentlichkeit schieben und nur jene, prozedural auf die Einrichtung einer gerechten Ordnung bezogenen Fragen durchlassen, auf die überhaupt allgemeine und verbindliche Antworten gegeben werden können. Denn eine solche Strategie läuft im Kern darauf hinaus, die Konfliktdynamik, die aus der öffentlichen Behandlung substanzialer und kontroverser Themen erwachsen könnte, dadurch stillzustellen, daß man den Raum einer vorstaatlichen, zivilpolitischen Handlungssphäre mit dem institutionellen Mittel der Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft gleichsam thematisch austrocknet. Wenn man nun im Gegenzug in demokratischer Perspektive auf eine Repolitisierung der bürgerlichen Gesellschaft setzt, wird man das Problem, das den Liberalismus zu seiner klassischen institutionellen Antwort motiviert, natürlich nicht los. Vielmehr stellt es sich in einer anderen Weise: die Strategie der Einhegung von Konfliktdynamiken muß durch Mechanismen der autonomen Konfliktbändigung ersetzt werden. Auf diese Aufgabe sind ganz offensichtlich die »principles of accommodation« zugeschnitten, die sie aus den internen Bedingungen entwickeln, die den argumentativen Charakter öffentlicher Debatten selbst sichern sollen. Zu diesem Zweck unterscheiden sie schließlich zwei Sorten derartiger Prinzipien; zum einen solche, die Fragen der moralischen Integrität betreffen wie das Prinzip der Vermeidung von Opportunismus, das Konsistenzprinzip oder das Prinzip der Betrachtung aller relevanten Umstände und Folgen; zum anderen solche, die auf die Herausbildung demokratischer Charaktermerkmale wie Toleranz und wechselseitigen Respekt zielen – dazu zählen die Bereitschaft, anderen Positionen nicht von vornherein den moralischen Ernst abzustreiten und das Bestreben, die Gründe für die wechselseitige Zurückweisung von Auffassungen zu minimieren.

Die mit dem Tugendbegriff verbundene Idee der »individual excellence« (Galston, 1988) ist natürlich der klassischen liberalen Theorie keineswegs fremd. Im Gegenteil spielt sie da eine bedeutsame Rolle, wo sie nicht so sehr auf das Ideal der individuellen Vervollkommnung als vielmehr funktional auf die Reproduktion der gesellschaftlichen und politischen Ordnung und der demokratischen Institutionen bezogen sind. Ganz in diesem Sinne hat Galston einen Katalog zusammengestellt, den ich an dieser Stelle einmal unkommentiert vorstellen möchte. Er unterscheidet dabei allgemeine Tugenden, in denen sich generell der Zusammenhang von individuellem Charakter und institutioneller Ordnung zum Ausdruck bringt, wie Legalitätsglaube und den Respekt vor den Rechten anderer von solchen Tugenden, die den sozialen Integrationsprozeß sichern wie Loyalität, Treue, Solidarität und Toleranz. Davon setzt er schließlich noch einmal im engeren Sinne politische Tugenden ab wie die »capacity to discern the character and talent of people vying for office«, die kognitive Kompetenz »to form a common purpose« und die allgemeine, moralisch-reflexive Disposition »to engage in public discourse« (Galston, 1988: 1282 ff.): die Arenen der Einübung solcher Tugenden sind dann nicht nur die Familie, die Schule oder die politischen Institutionen, sondern auch und wesentlich die politische Praxis einer dialogischen Begegnung mit anderen (Galston, 1988: 1288).

Zweifellos setzt also gerade das Projekt der Radikalisierung der Demokratie eine hohe Prämie auf die Bildung und Artikulationsfähigkeit des Staatsbürgers aus, und es

tendiert dazu, jene, die diese Voraussetzungen nicht mitbringen, stärker zu benachteiligen, als dies in anspruchsloseren Formen repräsentativer Demokratie der Fall ist. Insofern ist das demokratische Staatsbürgerideal auch ein erzieherisch anspruchsvolles Ideal, weil wir uns nicht darauf verlassen können oder sollten, daß sich die erforderlichen Einstellungen und Kompetenzen einfach als Folge von Demokratisierungsprozessen einstellen: politische Bildung i.S. der Kultivierung der staatsbürgerlichen Tugenden, des Wissens und der Fertigkeiten, die in den politischen Prozeß notwendig eingehen, hat so gesehen den moralischen Primat über andere Aufgabenstellungen der öffentlichen Erziehung in einer demokratischen Gesellschaft (Gutmann, 1987: 287). Diese Dispositionen jedenfalls bilden insgesamt ein kaum reduzierbares individuelles Ferment einer demokratischen Gesellschaft, und sie sind – weder institutionell noch prozedural – vollständig substituierbar. Dies rechtfertigt den Bezug auf Tugend als eines eigenständigen und explikationsbedürftigen Phänomens (Taylor, 1989: 3 ff.), auch dann, wenn dieser Zusammenhang in modernen Theorien in der Regel eher stillschweigend übergegangen wird. Gewiß sollten wir weder in der Theorie noch mit Blick auf die demokratische Praxis unsere diesbezüglichen Erwartungen überziehen und solchen institutionellen Strukturen den Vorrang geben, die moralische Einstellungen zwar ermöglichen und stützen, aber doch ohne allzu heroische Tugendunterstellungen auskommen können. Aber staatsbürgerliche Moral und politische Institutionen stehen andererseits auch nicht in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern sie sind in einen wechselseitigen Reproduktionszusammenhang eingebunden (Gutmann, 1987: 287).

Vor diesem Hintergrund möchte ich nunmehr an drei Punkten Revisionen des grundbegrifflichen Rahmens vorschlagen, innerhalb dessen, wie oben gezeigt, Cohen und Arato ihre politische Theorie der Zivilgesellschaft mit insgesamt mäßigem Erfolg (vgl. Ely, 1992) entfaltet haben. Das betrifft zum einen Klarstellungen hinsichtlich des Begriffs der Politik (a), zum zweiten eine Neuakzentuierung der Idee partizipatorischer Demokratie, wie sie Offe und Preuß vorbereitet haben (b) und zum dritten die handlungstheoretische Auflösung der eher unglücklichen Verbindung von Funktionalismus und Demokratietheorie, die Joas angemahnt hat und über das Konzept der »Kreativität des Handelns« vollziehen möchte (c).

a) Das westliche politische Denken ist über weite Strecken, wenn auch mit charakteristischen Ausnahmen, motiviert vom Ideal politischen Handelns, das auf die Einrichtung einer gerechten institutionellen Ordnung und die Formen der kooperativen Lösung jener Probleme zielt, die sich der Realisierung eines guten Lebens entgegenstellen oder sich auf diesem Wege einstellen. Dieses Ideal einer autonomen Praxis war zudem von Anfang an logisch mit der Idee der Vernunft oder Rationalität verknüpft, die, wo sie diesem Prozeß nicht selber sein Maß und sein Ziel vorgab, doch die Funktion hatte, den Menschen die zur Erreichung ihrer Ziele notwendigen und unverzichtbaren Mittel an die Hand zu geben: Politik und politisches Handeln sind ein Reflex der Immanenz und Autonomie sozialer und gesellschaftlicher Ordnung, aber sie sind aus dem gleichen Grunde auch nicht autark gegenüber rationalen Annahmen und Unterstellungen, die das Medium und Ferment einer solchen Praxis bilden. Das Problem besteht nun in dem Doppelstatus der reklamierten Vernunfteinsichten als Bedingungen

und Produkt der Praxis, auf die sie sich beziehen sollen; und der Verdacht, der sich an dieser Stelle leicht einschleichen kann, insbesondere vermittelt über szientifische Zusätzungen und instrumentelle Vereinseitigungen des ursprünglichen Konzepts praktischer Vernunft (Spragens, 1990: 14 ff.), ist nicht nur, daß die Vernunft selber der Praxis als äußere Macht gegenüberstehen könnte, sondern daß sie, auf ihren konstruktivistischen Grund und illusionären Charakter hin durchschaut, auch ihrer Funktion im Rahmen einer autonomen Praxis nicht mehr gerecht werden könne. Dieser Verdacht kann nun allerdings auf unterschiedliche Weise aufgegriffen und politiktheoretisch umgesetzt werden. Zum einen ist er Gegenstand einer dekonstruktivistisch verfahrenen Vernunftkritik, die die Vernunftideen allein auf ihren illusionären Charakter als Produkte eines logozentrischen Denkens hin durchsichtig machen will, das seine Macht- und Herrschaftsinteressen nun nicht mehr verbergen kann: politische Gestalt gewinnt er im ästhetischen Ideal der Selbsterschaffung des Subjekts, dem ein Perspektivenwechsel von Problemen kollektiven Handelns und der Integration von Gesellschaften auf eine emphatische Betonung von radikaler Pluralität und die ›Sorge um Andersheit‹ (White, 1988: 191 ff.) im Kontext einer Politik der Differenz entspricht (Young, 1990; Connolly, 1991; Rorty, 1989). Zum anderen wird er von einer politisch inspirierten Kritik aufgenommen, die sich mit dem Argument der ontologischen Differenz zwischen Wissenschaft und Politik nurmehr gegen die szientifische, objektivistische Überformung von Politik in epistemischen Modellen der Politik wendet. Die Gründe dafür werden etwa an Barber's Definition des Politischen sichtbar, die ein soziales Beziehungsgeflecht kennzeichnet, das aus einer »necessity for public action, and thus for reasonable public choice, in the presence of conflict and in the absence of private or independent grounds for judgment« erwächst (Barber, 1984: 120). Diese Sichtweise läßt als Inbegriff einer politischen Konstellation das Bild einer Praxis erscheinen, die, von einer irreduziblen, durch ›Wahrheit‹ nicht domestizierbaren Konflikthaftigkeit geprägt, sich nur in fragilen Formen wechselseitigen Verständnisses und wechselseitiger Anerkennung reproduzieren kann: Politik bezeichnet dann nicht einen besonderen Gegenstandsbereich sozialen Handelns, sondern primär einen dialogischen Kommunikationsmodus, der nicht so sehr auf rationale Konfliktregulierung oder Problemlösung, sondern auf die Zivilisierung der Konfliktustragung eingestellt ist. Gleichwohl hinterläßt diese ontologische Entzweierung von Politik und Vernunft empfindliche Lücken in der politischen Praxis wie in einem angemessenen Verständnis moderner Politik, so daß schließlich dem oben aufgeworfenen Verdacht auch durch eine weitergehende Immanantisierung und Soziologisierung des Vernunft- und Erkenntnismodells und eine Rekonstruktion von Politik als einer rationalen Praxis entgegengewirkt werden könnte.

Jene, die in der Folge Hannah Arendts im Politischen eine besondere Form nicht durch Gründe domestizierbaren und nur von wechselseitigem Respekt und wechselseitiger Anerkennung als Freie und Gleiche getragenen sozialen Zusammenhandelns beschreiben, bauen ihr Argument normalerweise in drei Schritten auf: am Anfang steht in der Regel die deskriptiv gemeinte Diagnose einer zunehmenden und in der vollständig säkularisierten Welt des Sozialen unvermeidlichen Politisierung aller individuellen und kollektiven Existenz- und Überlebensfragen – in diesem Zusammenhang stellt ›Politik‹

sierung< eine Reaktion auf die mit steigender Pluralisierung und Individualisierung wachsende Konflikthaftigkeit sozialer Beziehungen selber dar; mit der Säkularisierungsthese verbindet sich die Annahme, daß das Vernunftdenken »im Säurebad der Modernisierung« (Greven, 1992: 199) so vollständig zersetzt worden ist, daß nunmehr auch die Formen und Gestalten praktischen und theoretischen Wissens, über die sich eine konflikthafte Praxis vermitteln sollte, selber in den Strudel der Auseinandersetzungen hineingezogen werden und keine verbindliche und verbindende Qualität mehr gewinnen können; vor diesem Hintergrund hebt sich drittens das normative Ideal einer dialogischen, nicht diskursiven Praxis ab, der allein noch zugetraut wird, ein nicht-teleologisches, allein aus der gemeinsamen Sorge um die öffentlichen Angelegenheiten sich webendes Band zwischen den Bürgern zu stiften. Nun sind die Schwächen einer solchen Vorstellung ebenso offensichtlich wie bekannt. Dazu zählen nicht nur die Bereinigungen am Begriff der Politik, die allein eine um Interessen und instrumentelle wie teleonomische Aspekte reduzierte Vorstellung des Politischen zurücklassen, in der nur noch die Energiezufuhr durch große, konstitutionelle Momente die Bürger zu gemeinsamem Handeln im öffentlichen Raum zusammenführt. Vielmehr sind es die Unschärfen im Konzept einer von kognitiven Elementen diskursiver Praktiken befreiten dialogischen Praxis, die dem Aufschluß zu den Phänomenen und Erfahrungen moderner Politik im Wege stehen (Warren, 1990: 26): durch die Hintertür dieser Trennung wird unvermeidlich ein entschieden dezisionistisches Verständnis von Politik wieder eingeführt.

Diese Konsequenz hat denn auch Greven<sup>72</sup> in einem jüngeren Aufsatz gezogen, in dem er gerade dem Faktum des unvermeidlichen und irreduziblen Dezisionismus eine demokratische Pointe abzugegnen sucht. Zu diesem Zweck geht er zunächst den Gründen nach, die den Dezisionismus-Verdacht trotz der allgemein anerkannten Tatsache, daß »im politischen Prozeß entschieden werden (muß) und zwar ohne, daß für diese Entscheidungen allgemein anerkannte Geltungsgründe... vorhanden wären, aus denen die Inhalte konkreter Entscheidungen lediglich deduziert zu werden brauchten« (196), seine Wirkung verleihen, um dann über die Unterscheidung eines »emphatischen« und eines »pragmatischen« Dezisionismus seine Konsequenz eines »demokratischen Dezisionismus« vorzubereiten. Dabei bemerkt er völlig zu Recht, daß die Skandalisierung des Dezisionismus nicht etwa über die Unterscheidung »Entscheidung – Nichtentscheidung« läuft, sondern über den Gegensatz von »Begründung – Willkür« (197 f.). An dieser Stelle könnte man die Angelegenheit dadurch zu Ende bringen, daß man den unterschiedlichen Kanälen und Mechanismen nachspürte, über die Gründe in den Entscheidungsprozeß eindringen und zu einer Rationalisierung des Entscheidungsverhaltens beitragen. Diesen Weg indessen geht Greven nicht. Vielmehr bringt er nunmehr die sehr allgemein gehaltene These der rationalitätzerlegenden Wirkung des Säkularisierungsprozesses ins Spiel, die den berechtigten Ausgangs- und Anelpunkt des »emphatischen Dezisionismus« in seiner Schmittschen Prägung ausmachte (199). Damit greift er auch hinter seine kritisch gemeinte Unterscheidung von Begründung und Willkür zurück, so daß am Ende, trotz der Abwehr des emphatischen

72 Die folgenden Seitenangaben (in Klammern) beziehen sich alle auf Greven (1992).

Dezisionismus als einer »Theorie der Politik als Existenzialanalyse vor metaphysischem Hintergrund« (198) und der Kritik der strukturkonservativen Wirkungen eines ganz auf Routineentscheidungen abgestellten pragmatischen Dezisionismus Lübbescher Provenienz (199ff.), die Grundzüge eines existentialistischen Politikverständnisses auch in sein Konzept eines demokratischen Dezisionismus eindringen: »In der Politik geht es insgesamt um soziale Geltung kraft Entscheidung und nicht um Wahrheit« (Greven, 1992: 204). Damit aber reflektiert der demokratische Dezisionismus nicht mehr bloß eine faktische Entkopplung von Wahrheit und Entscheidung, eine deskriptiv gemeinte Feststellung, die sich ja selber der Verdunklung der rationalen Motive und Mechanismen im politischen Entscheidungsprozeß verdankt. Das Problem besteht m.E. im Kern darin, daß Greven in gleichem Maße die Folgen unterschätzt, die eine vollständige Entkopplung für die Demokratie haben müßte, so daß auch die partizipatorische Öffnung von Entscheidungsprozessen keine Antwort mehr auf die selbstgestellte Frage bereithielt, ob die Übel des Dezisionismus denn vermieden oder wenigstens gemildert werden könnten. Die Gründe dafür sind leicht zu sehen: erstens führt Partizipation als solche nicht aus dem Entscheidungsproblem heraus, sondern verstärkt dieses nur; zum zweiten bleibt gerade unter Bedingungen von allgemeiner Partizipation die Anwendung von Entscheidungsregeln einem besonderen legitimatorischen Streß ausgesetzt, der nur über die Inanspruchnahme von der Entscheidung vorausliegenden diskursiven Verfahren abgebaut werden kann.

Insofern sind diese sehr zugespitzten Überlegungen Grevens auch wiederum sehr informativ, weil sie die mißlichen Konsequenzen und die konzeptuellen Schwächen eines politischen Anti- oder Arationalismus deutlich hervortreten lassen. Diese Schwächen resultieren insgesamt daraus, daß drei notwendige Unterscheidungen unsichtbar gemacht werden: Zum einen wird selten genau genug unterschieden zwischen dem (unhaltbaren) Anspruch einer Determinierung von Politik durch (Vernunft-) Gründe einerseits und einem Gebrauch von Gründen in der politischen Praxis andererseits – das aber wirkt destruktiv auf das demokratische Ideal selber zurück; zum zweiten sitzt die Kritik an epistemischen Modellen der Politik der Assimilation von Rationalität an objektivistische und instrumentell eng geführte Vernunftbegriffe auf und versperrt sich so den Zugriff auf die kognitiven Potentiale einer rationalen (oder genauer: rationalisierten) politischen Praxis (Warren, 1990: 20 ff.); drittens macht sich der Dezisionismus in seinen unterschiedlichen Spielarten selbst eines objektivistischen Mißverständnisses schuldig, insofern er politische Praxis allein aus der systemischen Perspektive eines Beobachters, nicht aber in der Perspektive von Beteiligten rekonstruiert. Eine derartige Perspektive müßte sich sensibilisieren für die »irreducible activity of agents in sustaining the mutual intelligibility of their interactions« (McCarthy, 1991: 29), und sie würde, entgegen einer einseitigen Abrechnung mit dem illusorischen Charakter von Vernunftideen, den Zugang zu dem pragmatischen Gebrauch eröffnen, den Akteure von Ideen normativer Richtigkeit und theoretischer Wahrheit machen, um sich wechselseitig als für ihre Handlungen verantwortliche Subjekte zu erkennen und anzuerkennen und um Kritierien der Lösung von Interaktionskonflikten zur Verfügung zu halten.

An dieser Stelle sind nun vor allem die politisch-institutionellen Implikationen dieser pragmatistischen Reformulierung der Idee des Guten als nachmetaphysische Be-

gründung und Rechtfertigung von Demokratie von Interesse. Dabei treten drei Aspekte in den Vordergrund: zum einen fungieren ›Partizipation‹ und das ›Interesse an der Qualität von Ergebnissen‹ als gleichrangige institutionelle Kriterien einer demokratischen Ordnung, die sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern mit Blick auf die Anforderungen materialer Politiken sorgfältig balanciert werden sollten; zum zweiten ist offensichtlich, daß diese Balance nur gelingen kann, wenn wir darüberhinaus ein Interesse an der Qualität der staatsbürgerlichen Willensbildung auch institutionell dadurch zum Ausdruck bringen, daß Strukturen der Willensbildung vorzusehen sind, die eine stärker reflexive Willensbildung ermöglichen und stabilisieren; drittens nötigt der veränderte Fokus auf Problemlösung auch dazu, unterschiedliche Formen und Aggregationsstufen öffentlicher Willensbildung füreinander durchlässiger zu machen und besser aufeinander zu beziehen. Bevor ich aber diesen Argumentationsfaden mit Blick auf einen Begriff des kreativen Handelns, wie ihn Joas entwickelt hat, wieder aufnehme, möchte ich an Hand der Überlegungen Offes und Preuß' kurz andeuten, welche Implikationen die Idee der Qualitätsverbesserung von Politik für das Verständnis einer partizipatorischen Demokratie enthält.

b) Wie wir oben gesehen haben, resultierte Habermas' (über-) vorsichtige Einschätzung der Möglichkeiten kollektiver Willensbildung, der Cohen und Arato dann im wesentlichen gefolgt sind, aus der Kombination von drei sich wechselseitig verstärkenden Grundentscheidungen. Habermas konzentriert sich in legitimationstheoretischer Perspektive auf die Bedingungen rationaler Regelbefolgung oder eines rational motivierten Gesetzesgehorsams (Offe/Preuß, 1991: 157) – und damit auf die Output-Seite des politischen Entscheidungsprozesses, dessen Unzulänglichkeiten, interne Widersprüche und Irrationalitäten gleichsam mit der Unterstellung einer kompakten bürokratischen Rationalität zudeckt werden; darüberhinaus gilt sein Interesse vor allem den Strukturen, die dem »besseren« Argument zu Anerkennung und Geltung verhelfen – und übersieht die Frage, ob und inwieweit demokratisch-rechtsstaatliche Verfahren auch in der Lage sind, hinreichend gute Argumente zu erzeugen (Offe 1989: 757 f.); schließlich möchte er vermeiden, der Demokratietheorie eine kognitiv zu anspruchsvolle Fassung zu geben, die dazu tendierte, die individuellen und kollektiven Rationalitätsressourcen überzustrapazieren (vgl. Lindner, 1990: 154 ff.). Das ist nun freilich eine empirische Frage, deren Beantwortung theoretisch nicht präjudiziert werden kann; jedenfalls gibt es auch keinen Grund, angesichts der vielfältig zu belegenden Thematisierungs- und Problemlösungsleistungen, die gesellschaftliche Akteure im Bereich von Mikro-Entscheidungen und auf dezentraler Ebene erbringen (Ostrom, 1989 und 1990), das von der frühen amerikanischen Einstellungsforschung im wirkungsvollen Kontrast zu demokratischen Idealen gezeichnete Bild des »unsophisticated citizen« in bezug auf politisches Interesse, Informiertheit und kognitive Kapazitäten zu reproduzieren (Dalton, 1988: 18-33). Wie dem auch sei, so viel läßt sich mit Bestimmtheit sagen: wenn die Becksche Diagnose der zunehmenden Selbsterzeugung von Gefahren im Medium eines generalisierten Autismus (von Systemen, Kollektiven und Individuen) zutrifft und damit die Lücke zwischen der »Design-Komplexität« gesellschaftlicher Steuerungsobjekte und der staatlichen Steuerungsfähigkeit größer wird (Wiesenthal, 1989: 138 f.), dann wird man die Probleme nur am Ort ihrer gesellschaftlichen

Genese behandeln können – die Steuerungsleistungen wären gleichsam zu »subjektivieren« (Offe, 1989: 743).

Und das ist dann der Punkt, an dem Offe und Preuß mit der einfachen Überlegung einsetzen, daß, wer die Rationalität kollektiver Entscheidungen erhöhen will, an der Verbesserung der kognitiven wie moralischen Qualität der individuellen Präferenzen auf der Input-Seite des politischen Entscheidungsprozesses ebenso ansetzen muß<sup>73</sup> wie an den Strukturen und institutionellen Mechanismen, die den Throughput, also den Grad der Berücksichtigung von Interessen, Informationen und Erkenntnissen bestimmen. Damit sind die beiden Richtungen angedeutet, in die die partizipatorischen Strukturelemente liberaler Demokratien sowohl ausgeweitet wie intern radikalisiert werden sollen: zum einen geht es Offe und Preuß i.S. einer »Staatsbürgerqualifikationspolitik« (Preuß, 1990a: 126) um die Verbesserung der subjektiven Voraussetzungen einer vernünftigen kollektiven Willensbildung; zum anderen geht es um das Design von Institutionen, die größere Anreize bieten, von vorhandenem moralischen und theoretischen Wissen wie von Informationen auch tatsächlich Gebrauch zu machen, anstatt diese Ressourcen durch Institutionen, die wesentlich auf die Mediatisierung des Staatsbürgers angelegt sind, trocken zu legen (Offe/Preuß, 1991: 165 ff.).

Es ist also sicherlich kein Zufall, daß das Bestreben der Demokratisierung des Liberalismus von einer teilweisen Rückwendung auf Tugendideen und implizite Erziehungsziele begleitet ist.<sup>74</sup> In welcher Weise, das wird etwa schon sichtbar, wenn Preuß die Möglichkeiten der normativen Rechtfertigung des Wohlfahrtsstaates im Rahmen einer »Staatsbürgerqualifikationspolitik« untersucht (Preuß, 1990a: 124 ff.). Seine entscheidene Prämisse ist, daß heute neben die Freiheits- und Gleichheitsrechte ein weiteres Moment staatsbürgerlicher Qualifizierung tritt, das er im Blick auf ein gesellschaftliches Interesse an der »Qualität der politischen ›outcomes‹ kollektiver Entscheidungen« (Preuß, 1990a: 125) so beschreibt: »... die demokratische Gesellschaft (ist) insgesamt darauf angewiesen..., daß die durch Bürger gefällten kollektiven Entscheidungen eine – wie immer definierte – Qualität haben. Damit ist sie auch an der guten Qualität der Staatsbürger interessiert: ihre Informiertheit, ihre Fähigkeit zur Reflexion unter Berücksichtigung der Folgen ihrer politisch relevanten Entscheidungen, ihrem Willen, ihre Interessen im Hinblick auf die Interessen ihrer Mitbürger ebenso wie der künftiger Generationen zu formulieren und durchzusetzen...« (Preuß, 1990a: 125 f.) – wobei die Pointe in der Unterstellung liegt, daß »die ungleiche Verteilung von Lebensgütern... die Qualität der staatsbürgerlichen Gütemerkmale und damit im Ergebnis auch die erreichbare Rationalität kollektiver Entscheidungen (mindert)«

73 Diese Idee findet sich bei J.S. Mill, und sie ist in der amerikanischen Debatte zwischen Liberalen und »Communitarians« vor allem von jenen wieder aufgegriffen worden, die den selbstdestruktiven Tendenzen eines politischen Liberalismus durch strukturelle »intimations of community« entgegenwirken wollen (vgl. Sandel, 1984 und Walzer, 1990)

74 Besonders deutlich wird dies in der amerikanischen Diskussion, wo sich zeigt, daß kommunaristisch inspirierte Positionen regelmäßig eine besondere Affinität zu Fragen der Erziehung und politischen Bildung aufweisen. Vgl. etwa die Studien von Bellah et al. (1987 und 1991).

(Preuß, 1990a: 126). Aber nicht diese wohlfahrtsstaatliche Selbstimplikation des gesellschaftlichen Interesses an der Qualität politischer Entscheidungen interessiert mich hier, sondern es sind die institutionellen Implikationen dieser These eines wachsenden Bedarfs an »verantwortungsethischen Massenorientierungen« (Offe, 1989: 758) – institutionelle Strukturen sollen die Funktion der Ermutigung, der Ermöglichung und des Schutzes moralisch-reflexiver Dispositionen vor der Ausbeutung durch »moralische Trittbrettfahrer« übernehmen.

In der Konzeptualisierung eines solchen Modells nun rückt der Begriff der Öffentlichkeit unvermeidlich in eine zentrale Stellung, und zwar in räumlicher, sozialer und sachlicher Hinsicht: Räumlich gesehen geht es um die Entzerrung und Entlastung der Strukturen staatlicher Entscheidungsprozesse (Offe, 1987), und zwar nicht (oder nicht nur) i.S. von Dezentralisierung, sondern in Richtung auf eine Generalisierung von Partizipationsrechten. Dazu gehört auch, daß der Raum einer vorstaatlichen Willensbildung konstitutionell besser erschlossen und für die Rationalisierung von Entscheidungsprozessen fruchtbar gemacht wird (das ist, wenn ich es recht verstehe, der Sinn der Preußischen Formel des »moralisch-reflexiven Konstitutionalismus« (Preuß, 1990: 78 ff.). In sozialer Hinsicht vermittelt Öffentlichkeit die Reziprozität der individuellen Interessenbefriedigung (Preuß, 1989: 10) und greift mindestens insofern auch auf die Genese von Präferenzen durch, als sie die innere Spannung zwischen unterschiedlichen Präferenzen, zwischen stark und schwach bewerteten Wünschen und Bedürfnissen (Taylor, 1988: 9 ff.) oder zwischen Präferenzen und Meta-Präferenzen hervorruft und deren moralische Regulierung oder Auflösung anregt. In sachlicher Hinsicht schließt Öffentlichkeit den Aspekt der Verbesserung der kognitiven Angemessenheit der individuellen Willensbildung mit jenem der Wirkung von guten Argumenten in Entscheidungsprozessen zusammen und vermittelt so nicht nur kollektive Lernprozesse, sondern auch die Motive, sich diesen zu öffnen.

Mit dieser Konstruktion soll es auch in ideengeschichtlicher Perspektive gelingen, die kontraktualistische Tradition mit der demokratisch-republikanischen so zu verbinden, daß das Interesse nicht mehr nur als Geburtshelfer einer im Recht wohlgeordneten Gesellschaft erscheint, sondern selbst zum Gegenstand der Rationalisierung mit Bezug auf ein allgemeines Interesse wird: über diese Vorstellung eines reflexiven »preference learning« soll die Idee der Tugend in der Idee deliberativer, öffentlicher Willensbildung so aufgehoben werden, daß man ohne einen totalisierenden Rekurs auf substantiierte Gemeinwohlvorstellungen auskommen kann (Offe/Preuß, 1991: 167 f.). Gleichwohl nimmt das allgemeine Interesse eine doppelte Gestalt an. Zunächst erscheint es in der formal-reflexiven Fassung eines Interesses an nun nicht lediglich rationalen Formen der Konfliktregulierung, sondern an Institutionen der rationalen Problemlösung, das auch unterhalb der konstitutionellen Fragen auf der Ebene der Policy-Formierung angreift. Gleichzeitig wird durch den Bezug auf Problemlösung zumindest implizit nahegelegt, daß wir von der Rationalisierung der kollektiven Willensbildung im Ernst nur dann reden können, wenn sie zu Ergebnissen führt, die den sachlich ausweisbaren Anforderungen an »gute« Problemlösungen entsprechen oder wenigstens nahe kommen. M.a.W. ist anzunehmen, daß das allgemeine Interesse im Lichte hinreichend guter Gründe jeweils so substantiiert oder spezifizierbar ist, daß es auch eine orientierende

Wirkung und motivierende Kraft im Zusammenhang der individuellen Präferenzgenese entfalten kann – dies scheint mir jedenfalls durch die Forderung nahegelegt, daß jeder einzelne sich selbst gegenüber auch die Haltung des Experten einnehmen und die eigenen Interessen in sachlicher, sozialer und zeitlicher Hinsicht validieren können soll (Offe, 1989: 758).

Das setzt natürlich voraus, daß man ein generell nicht erzwingbares Interesse an der gemeinwohlbezogenen Aufklärung und Raffinierung des individuellen Interesses nachweisen und lokalisieren kann. Diesem Zweck dient zunächst der Versuch, die Spannung zwischen partikularen und allgemeinen Interessen gleichsam zu subjektivieren und auf die heterogene Präferenzstruktur des »multiplen Selbst« abzubilden, in der die hierarchische Ordnung von Präferenzen und Metapräferenzen dafür sorgt, daß das Individuum seine Präferenzen erster Ordnung im Lichte seiner Interessen zweiter Ordnung einer »Selbstreinigung« unterziehen kann.<sup>75</sup> Zum anderen aber, und darin liegt die entscheidende institutionelle Wende, die sie ihrem Argument geben, sollen die unvermeidlich entstehenden Motivationsprobleme durch assoziative Grundstrukturen der gesellschaftlichen Willensbildung, durch öffentliche Argumentationen und durch In-

75 Diese präferenztheoretische »Wende« mag eng mit der Konzentration auf wohlfahrtsstaatliche Politiken zusammenhängen, die in besonderem Maße interessensensibel sind (vgl. Offe, 1987b und Thompson, 1988). Ein anderes Bild ergibt sich indes schon, wenn man sich z.B. der Technologiepolitik zuwendet, wie Wiesenthal am Beispiel des »Sozialverträglichkeitsdiskurses« zeigt (1989). Kritisch gegen diese Programmatik der Subjektivierung des Allgemeininteresses wendet sich auch Habermas (1990b: 62 f.).

Dieser Weg einer präferenztheoretischen Reformulierung des Problems ist mit einigen charakteristischen Schwierigkeiten belastet. Denn selbst wenn nun nichts gegen die Annahme spricht, daß wir solche unterschiedlichen Interessen wirklich haben, ist damit noch nichts darüber gesagt, ob und inwieweit sie in einem internen Verhältnis der Rationalisierung schwächer bewerteter (egoistischer) zu stärker bewerteten (sozialen) Interessen stehen. Gegen diese optimistische Annahme hat etwa Scharpf in einer spieltheoretischen Rekonstruktion der Rationalitätsstruktur der Auflösung dilemmatischer Handlungssituationen vor allem am Beispiel des »Battle of the Sexes« darauf aufmerksam gemacht (1991: 72 f.), daß wir eher mit einer dualistischen als mit einer hierarchischen Präferenzstruktur rechnen sollten. Danach besteht die wahrscheinliche Form der Auflösung der Spannung zwischen partikularen und allgemeinen oder Kooperationsinteressen darin, die Problemlösung in Fragen der Konfliktregulierung einerseits und in Verhandlungen über materiale Fragen so aufzuspalten, daß die Lösung dieser Fragen nicht mit Fragen der Erzeugung von Kooperationsregeln kontaminiert und belastet wird. Das aber hat nun im günstigsten Fall die Wirkung, daß die Reziprozitätsbedingungen der Befriedigung primärer Interessen deutlicher hervortreten (und auch das würde das substantielle Interesse selber zunächst unangetastet lassen, jedoch kreative Lösungen i.S. neuer Interessendefinitionen erleichtern); im schlechteren Falle würde die Erfahrung, daß sich eine Befriedigung des substantiellen Interesses auch unter Bedingungen von Kooperation nicht einstellt, sogar umgekehrt zu einer Unterminierung eben der Kooperationsmoral führen. Kurz: die erwarteten Wirkungen einer präferenztheoretischen Umformulierung des allgemeinen Zusammenhangs und Zusammenspiels von individuellem Interesse, allgemeinem Interesse und vernünftiger kollektiver Willensbildung scheinen sich nicht einmal theoretisch sicher nachweisen zu lassen, und das hat primär damit zu tun, daß sich reflexive Meta-Präferenzen in erster Linie gar nicht auf niederrangige Interessen beziehen, sondern auf die Kontexte, in denen diese zur Geltung gebracht werden können.

stitutionen aufgefangen werden, die dafür Sorge zu tragen haben, daß die Meinungs- und Willensbildung gegen egoistische Regressionen der Interessenbildung einerseits und gegen die Ausbeutung durch strategisch gesonnene Akteure abgeschirmt wird. Diese konzeptionelle Stoßrichtung spiegelt sich schließlich auch in den Vorschlägen, mit denen Offe und Preuß ihre Vorstellung einer Radikalisierung der Idee demokratischer Partizipation illustrieren. Sie sind vor allem darauf bezogen, sei es in Gestalt der Einfügung von Elementen statistischer Repräsentation, des Voucher-Systems (Preuß, 1989: 11 f.) oder im Rückgriff auf Überlegungen zum öffentlichen Wahlrecht, die Repräsentativität der Interessenartikulation auf der Eingabeseite des politischen Prozesses zu verbessern, stärker deliberative Elemente in den Prozeß der Interessenvermittlung einzubringen und so die Aussicht auf eine Erhöhung der Qualität der politischen Entscheidungen zu begründen.<sup>76</sup>

c) In viel radikalerer Weise als Cohen und Arato führen Offe und Preuß also die Defizite moderner Politik auf die liberale Auslegung des politischen Prozesses und dessen institutionellen Zuschnitt zurück. Daraus resultiert dann die plausible Erwartung, durch institutionelle Reformen auf Seiten der Bürger jene moralischen Ressourcen und kognitiven Kompetenzen erschließen zu können, auf die man nicht verzichten kann, wenn man der republikanischen Idee der Selbstregierung unter Bedingungen gesellschaftlicher Komplexität wenigstens einige Plausibilität verleihen will. Damit unterlaufen sie die Selbstbeschränkungsformel, soweit sie auf eine Diagnose der Überforderung diskursiver Prozesse und des Staatsbürgers zurückzuführen ist. Davon bleibt das zweite entscheidende Argument, mit dem Cohen und Arato (aber nicht nur sie: in der Anlage ähnlich argumentieren auch Rödel, Frankenberg und Dubiel) in ihrer Sicht unrealistische Erwartungen bezüglich einer weitergehenden Demokratisierung von Politik und Gesellschaft zurückweisen, zunächst unberührt: eine strukturelle Grenze für Demokratisierungsprozesse bilden danach die Logik der gesellschaftlichen Differenzierung und die eigenlogische Reproduktion ausdifferenzierter Handlungszusammenhänge in Politik und Ökonomie. Will man diesem, in funktionalistischer, systemtheoretischer Perspektive gewonnenen Argument nicht vorschnell nachgeben, dann muß man sowohl die Frage nach der Rationalisierung des Zusammenspiels eigenlogisch differenzierter Teilsysteme (vgl. Offe, 1986) als auch insbesondere jene nach dem Modus von sozialen Prozessen der Differenzierung und Entdifferenzierung stellen.

Das ist nun genau der Punkt, an dem Joas Überlegungen einsetzen, ob sich die bei Habermas analytisch und methodisch in Handlungs- und Systemtheorie auseinandergelegte Gesellschaftstheorie nicht doch innerhalb eines einheitlichen handlungstheore-

76 Da es mir an dieser Stelle nur auf die allgemeine Charakterisierung des Arguments ankommt, kann ich es bei dieser programmatischen Zuspitzung belassen und komme auf Einzelheiten genauer erst weiter unten (Kap. 7.2) zu sprechen.

tischen Bezugsrahmens rekonstruieren läßt.<sup>77</sup> Diese Überlegung entfaltet er grob in drei Schritten: zunächst weist er auf dem Weg einer immanenten Kritik den Anspruch funktionalistischer Ansätze zurück, eine angemessene Explikation und Erklärung von Prozessen gesamtgesellschaftlicher Integration und Ordnungsbildung gewährleisten zu können; nachdem er sich auf diese Weise den für die Entfaltung einer handlungstheoretischen Alternative notwendigen Raum geschaffen hat, kann er im Zusammenhang von Konstitutionstheorien der Gesellschaft sein Modell kreativen Handelns einführen; dies ermöglicht es ihm schließlich, die soziale und politische Demokratie als Form der (institutionellen) Selbtsbeschreibung der konstitutiven Praxis plausibel zu machen und die Möglichkeit eines demokratischen Zugriffs auf Prozesse der gesellschaftlichen Differenzierung und Entdifferenzierung zu erschließen.

Zweifellos ist Joas Argumentationsgang von vornherein durch den normativen Bezug auf die Idee der Demokratie informiert. Das zeigt sich besonders an der Stelle (Joas, 1992: 319), an der er auf seine frühere Auseinandersetzung mit Habermas' »Theorie des kommunikativen Handelns« zurückblickt (Joas, 1986) und das Motiv seiner Kritik mit dem von McCarthy zur Dekkung bringt: »McCarthy hat die Unvereinbarkeit dieser Fülle von Zielen (die Habermas mit der Unterscheidung von ›Lebenswelt‹ und ›System‹ verbindet: die Differenz von Teilnehmer- und Beobachterperspektive, die Differenz einer sozialen Integration über Handlungsorientierungen gegenüber einer Integration über Handlungsfolgen, die Differenz der Bereiche symbolischer und materieller Reproduktion u.a., d. Verf.) eindrucksvoll demonstriert. Er weist insbesondere nach, daß Habermas mit dem Systembegriff versucht, auf politischem Gebiet Forderungen nach Demo-

77 Zwar möchte Joas die »Kreativität des Handelns« nicht als normativen, sondern eher als deskriptiven oder explikativen Begriff verstanden wissen und macht erst im Schlußteil seiner Arbeit auch einen normativen Gebrauch von seinen rekonstruktiven Analysen. Ich kann an dieser Stelle die weitgespannten Überlegungen und Untersuchungen nicht im einzelnen nachvollziehen, die Joas unternimmt, um dieser anspruchsvollen Fragestellung gerecht zu werden (vgl. jetzt zusammenfassend Joas, 1992). Sie führen uns über eine Kritik funktionalistischer und neo-funktionalistischer Ansätze zurück zu Theorien der normativen Integration von Gesellschaften (wobei er dem Werk Durkheims besondere Aufmerksamkeit schenkt), um von da aus eine handlungstheoretische Alternative zu entwickeln. Auf diesem Weg sind dann vor allem die von ihm sog. »Konstitutionstheorien« der Gesellschaft von Interesse, Theorien also, die auch makro-gesellschaftliche Prozesse aus dem Handeln der Individuen zu begreifen versuchen (Joas, 1992: 337), wie er sie etwa in den Werken von Etzioni, Giddens, Touraine oder Castoriadis vorgebildet sieht. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt dabei insbesondere einem Typus von Konstitutionstheorien, die er in der Perspektive der Kreativität des Handelns faßt und deren Grundzüge er am amerikanischen Pragmatismus (Mead und Dewey) entwickelt. Auf dieser Grundlage kann er schließlich versuchen, Spuren der Kreativität des Handelns unter systematischen Gesichtspunkten (Ausdruck, Produktion, Revolution, Leben, Intelligenz und Reproduktion) durch die soziologische Theoriengeschichte hindurch zu identifizieren, um am Ende alle diese Fäden zu einer Theorie der »kreativen Demokratie« (Dewey) auf praxistheoretischer Grundlage wenigstens programmatisch zu verknüpfen (vgl. dazu auch Münch, 1993).  
Angesichts dieser Lage muß ich mich darauf beschränken, die strategisch entscheidenden Argumentationsschritte zu markieren, die ihn schließlich zu der für unsere Überlegungen einschlägigen Formel einer »Demokratisierung der Differenzierungsfrage« führen.

kratisierung von Staat und Ökonomie metatheoretisch aus dem Felde zu schlagen«.<sup>78</sup> Nun ist andererseits aber klar, daß normative Gründe nicht dazu taugen, theoretische Modelle gegen analytische Anforderungen und empirische Einsichten zu imprägnieren. Deshalb untermimmt es Joas denn auch in seinem ersten Schritt, die funktionalistische Perspektive auf Fragen der Handlungskoordination und Prozesse der Herstellung gesellschaftlicher Ordnung aus immanenten Gründen zurückzuweisen. Maßgeblich sind dabei insbesondere zwei Argumente, von denen eines auf das Problem der deskriptiven Angemessenheit, das andere mit Blick auf methodische Probleme der nicht-willkürlichen Beschreibung von Sollwerten und Bestandsschwellen sozialer Systeme auf den Objektivitätsanspruch funktionaler und systemtheoretischer Ansätze zielt. Die entsprechenden Argumente lassen sich wie folgt resümieren. In Übereinstimmung mit der gängigen Funktionalismuskritik, die auf die Schwierigkeiten abzielt, Funktionen als Bewirkung der Voraussetzungen des Bestandes von Handlungssystemen zu definieren, wenn diese nicht auf eine bestimmte Identität festgelegt sind und unklar ist, was das z.B. in der Biologie relativ eindeutig faßbare Problem des Todes im Zusammenhang sozialer Systeme bedeuten soll, geht er dann genauer den Lösungen nach, die Luhmann sukzessive für dieses Problem erarbeitet (Joas, 1992: 309 ff.): Weil Luhmann durch eine einfache Temporalisierung des Bestandsproblems, d.h. durch eine Verschiebung der Problematik vom Bestand eines Systems auf die Erhaltung von Prozessen der Strukturierung, das Problem der Wahl eines Bezugspunkts, an dem sich kontrollieren ließe, ob ein Reproduktionsprozeß unterbrochen oder abgebrochen wurde, nicht los wird, zieht er sich schließlich auf die Formel der Reduktion von Weltkomplexität zurück; diese Formel aber bleibt so lange semantisch leer, wie man die Handlungsprobleme, auf die Strukterfindungen berechnet sind, nicht genauer identifiziert (Joas, 1992: 314 f.) – das ist die Lücke, die Joas mit der pragmatistischen Vorstellung des Problemlösungshandlens als eines situativ-creativen Aktes der reflexiven Zielbestimmung durch Akteure schließen möchte (vgl. Joas, 1986: 151).

Auf diese Weise kann Joas den von Luhmann und Habermas übereinstimmend vertretenen Objektivitätsanspruch systemtheoretischer Beschreibungen zurückweisen, der ja wesentlich auf der Annahme gründet, daß es Systeme in genau dem Sinne gibt, daß sie »objektiv gestellte Probleme durch übersubjektive Lernprozesse lösen können« (Habermas, 1970: 271). Gegen die deskriptive Verwendung eines systemtheoretischen Modells hat Joas indessen keine grundsätzlichen Einwände, verweist aber auf die Notwendigkeit einer vorgängigen Klärung des »degree of systemness«, den die zu analysierenden Handlungszusammenhänge tatsächlich aufweisen: »In dieser Perspektive gibt es zwar System-

78 Zwar hat Habermas, wie oben gezeigt, seit der »Theorie des kommunikativen Handelns« (1981) und insbesondere in »Faktizität und Geltung« (1992) vor allem die analytische Perspektive auf das politische System stark (gleichsam institutionentheoretisch) modifiziert, indem es nun nicht mehr als ein- und eigensinniges, mediengesteuertes (Macht) Subsystem erscheint, sondern als Zusammenhang reflexiv aufeinander bezogener, institutioneller Prozesse der Legitimation, Machtzeugung und -anwendung. Gleichwohl bleiben die demokratietheoretischen Konsequenzen dieses Neuansetzes hinsichtlich einer Öffnung dieser Strukturen für gesellschaftliche Prozesse öffentlicher Meinungs- und Willensbildung hinter einigen Erwartungen zurück (vgl. oben Kap. 3.2).

me, aber keineswegs erfüllt jedes soziale System die Anwendungsbedingungen der Systemtheorie. In vielen Fällen sind diese nur zu einem so geringem Grade gegeben, daß die funktionale Analyse gegenstandsverzerrend wirken muß« (Joas, 1992: 320). Und genau diese voraussetzungsvollen Anwendungsbedingungen scheinen weder in der Politik noch in der Ökonomie im ganzen gegeben zu sein. Dabei sind es im Falle des politischen Systems nicht allein Bedenken bezüglich der normativen Unangemessenheit einer systemtheoretischen Beschreibung, wie sie McCarthy auf den Punkt gebracht hat: »Wenn Selbstbestimmung, politische Gleichheit und die Beteiligung der Staatsbürger an den Entscheidungsprozessen die Merkmale wirklicher Demokratie sind, dann kann eine demokratische Regierung kein politisches *System* (Herv. i.O.) im Sinne von Habermas sein, das heißt, ein Handlungsbereich, der von allen anderen Teilen der Gesellschaft abgespalten ist und seine Autonomie ihnen gegenüber dadurch aufrecht erhält, daß er seinen Austausch mit ihnen über entsprachliche Steuerungsmedien wie Geld und Macht reguliert« (McCarthy, 1986: 198). Aber auch McCarthy bringt an dieser Stelle nicht nur normative Kriterien zur Beurteilung der deskriptiven Angemessenheit systemtheoretischer Modelle in Anschlag. Vielmehr fragt auch er sich, inwieweit wir faktisch davon ausgehen können, daß Interaktionen in der politischen Sphäre eher systemisch als sozial integriert sind. Um diesen Punkt zu erhellen, genügt es, die Frage nach den Formen zu stellen, in denen sich das Handeln in diesen Bereichen organisiert und dann einen Blick auf das ›Innenleben‹ formaler Organisationen und Unternehmen zu werfen, um festzustellen, daß auch hier das Handeln kaum ausschließlich und vielleicht nicht einmal in erster Linie über formale, mediale Mechanismen der Verknüpfung von Handlungsfolgen strukturiert ist.<sup>79</sup>

Nachdem er den analytischen Anspruch systemtheoretischer Modelle so weit reduziert resp. spezifiziert hat, wendet sich Joas dann dem »Kernstück« funktionalistischer Theoriebildung, der Theorie der Differenzierung, zu (Joas, 1992: 326 ff.), was ihm eine exemplarische Überprüfung des gesellschaftstheoretischen Anspruchs des Funktionalismus ermöglichen soll. Auch hier kann er unter sechs Gesichtspunkten (vgl. Joas, 1992: 329 ff.), die ich ebenfalls nur nennen kann, zeigen, daß der Anspruch der Substitution von Handlungstheorie auch auf gesellschaftstheoretischer Ebene unbegründet ist: Zum ersten bleibe der logische Status des Begriffs der Differenzierung fragwürdig, weil nicht klar ist, ob es sich um ein bloßes Deskriptionsschema oder um ein Erklärungsgesetz handelt; m.a.W., »ist ein Differenzierungsprozeß schon erklärt, wenn er sich als solcher beschreiben läßt« (Joas, 1992: 329)? Diese Ambivalenz trete zweitens auch hervor, wenn man sich der Frage nach den Ursachen von Differenzierungsprozessen zuwendet; auch hier haben Erklärungen, die Differenzierung auf einen Gewinn an Leistungsfähigkeit oder auf evolutionäre Mechanismen einer gerichteten Anpassungsprozesses an innere und äußere Problemlagen resp. auf Komplexitätssteigerung zurückführen, zunächst einmal nur einen heuristischen Wert, kei-

79 Bezuglich der Organisationsform »Unternehmen« vgl. die instruktiven Überlegungen Bergers (1992); daß man den »degree of systemness« im Organisationshandeln nicht überschätzen sollte, hat Türk (1989) in einem systematischen Überblick über neuere Entwicklungen in der Organisationstheorie gezeigt: danach erscheint die Formalität des Organisationshandelns bestenfalls als (immer noch) wirksamer und gut behüteter Mythos, über den Organisationen ihre Legitimationsansprüche sozial vermitteln.

nesfalls aber können heuristische Annahmen stillschweigend kausal umgedeutet werden. Dieser Einwand wiederum verknüpft sich drittens mit der Frage nach den Trägern von Differenzierungsprozessen in der Weise, daß wir fragen müssen, ob man sich diese Prozesse so vorstellen kann, daß sie durch die Orientierungen und Intentionen von Handelnden hindurchgreifen; und wenn nicht, ob man die Differenzierungsgesichtspunkte (Effizienz, evolutionäre Anpassung, Komplexitätssteigerung) auch als konkrete Handlungsziele von Beteiligten nachweisen kann? Wie immer die Antworten auf diese und ähnliche Fragen im Einzelfall ausfallen mögen, sicher scheint zu sein, daß man sie nur stellen muß, um den weitreichenden Anspruch systemtheoretischer Modelle zurückzuweisen und vor allem den substantiellistischen, ontologisierenden Implikationen, die sich gleichsam gegen die ungesicherte methodologische Ausgangsbasis verselbständigen, entgegenzusteuern.

Während Joas auf diese Weise sein Beweisziel nur indirekt erreichen kann, hängt im weiteren alles von dem Ausbau des Instrumentariums einer Handlungstheorie ab, die die aufgetane Lücke im gesellschaftstheoretischen Erklärungszusammenhang auch füllen kann. Schon in seiner Habermas-Kritik (1986) hatte er zu diesem Zweck eine Erweiterung der Handlungstypologien eingeklagt. Diese Anregung greift er nunmehr in seinem zweiten zentralen Argumentationsschritt auf, dessen Kernstück die Plausibilisierung eines Modells kreativen Handelns ausmacht. Den systematischen Ausgangspunkt dafür bietet ein Rückgriff auf Durkheims Studie über die Arbeitsteilung, was insofern naheliegt, als für Durkheim der Zusammenhang zwischen Arbeitsteilung (Differenzierung) und Moral, verstanden als situativ-reflexive Einsicht in die Erfordernisse kooperativen, problemlösenden Handelns, konstitutiv ist: »Bei einer solchen Kooperationsmoral handelt es sich weder um eine von Herrschern auferlegte Zwangsmoral noch um eine freiwillige Vereinbarung von Subjekten in die ihnen akzeptabel scheinenden Bedingungen des Umgangs miteinander, sondern um eine reflexiv gewinnbare Einsicht in die funktionalen Erfordernisse egalitärer Kooperation« (Joas, 1992: 90 f.). Was ihn daran interessiert, ist einerseits die Form einer »selbstreflexiven und insofern sekundären Vergegenwärtigung eines Handlungsgeschehens in Situationen« (Joas, 1986: 151), also die Zurückführung von Regeln der Arbeitsteilung und Kooperation auf intentionale Akte; zum anderen die Tatsache, daß sich im Lichte einer solchen Beschreibung die Sicht auf das zweck- oder erfolgsorientierte menschliche Handeln selber verändert, insofern Zwecksetzung als kontinuierlicher, situativ-reflexiver (und mithin: kreativer) Prozeß sichtbar wird. Diese Konsequenz zieht er ausdrücklich auch hinsichtlich des Gegenstandes einer makrosoziologischen Theoriebildung: »Das Streben nach solcher makrosoziologischen Theoriebildung lenkt ihren (Konstitutionstheorien, der Verf.) Blick auf die kreative Dimension des Handelns, die implizit auch in anderen Handlungsmodellen steckt. Selbst innerhalb eines als Nutzenverfolgung gedachten Handelns tritt ja Kreativität auf, da die geeigneten Handlungsmittel oft nicht zuhanden sind, sondern erst geschaffen werden müssen, und da auch zur Konzipierung einer geschickten Strategie schöpferische Eigenleistungen erforderlich sind. Auch innerhalb des normativen Handelns läßt sich Kreativität nachweisen, da sich situationsadäquates normkonformes Handeln nicht deduktiv aus Normen erschließen läßt, sondern riskante Entwürfe nie begangener Handlungspfade erfordert...All diese Resultate der Kreativität: erzeugte Handlungsmittel, neue Handlungsstrategien, kultu-

relle Innovationen und Bindungswirkungen kultureller Gehalte – lösen sich ab vom Akt ihrer Kreation und werden zu Ressourcen neuen Handelns» (Joas, 1992: 342).

Den Grundgedanken des aus dieser Überlegung resultierenden Modells kreativen Handelns kann man nun kurz folgendermaßen umreißen: Zunächst wird der Begriff des Handelns prinzipiell aus der Perspektive der Anwendung (kollidierender) Handlungsnormen in problematischen Situationen und nicht in der Perspektive der Normbegründung erschlossen; zweitens kann kreatives Handeln im Zusammenhang von Normanwendung und angemessener Problemlösung nicht solipsistisch verstanden werden – ihm bleibt eine moralische Dimension durch die intersubjektive Orientierung von Kreativität selbst eingeschrieben; damit kann dieses Verständnis in eine partizipatorische Auffassung von Demokratie insoweit eingepaßt werden, als Mechanismen der objektivistischen Überformung von Handlungszusammenhängen durch eine institutionell zu sichemde »Kooperationsmoral« substituiert werden sollen (Joas, 1990b: 8). Diesen Grundgedanken versucht er dann unter Aufnahme der Mawowschen Unterscheidung von primärer, sekundärer und integrierter Kreativität zu präzisieren, in der kreatives Handeln als ein dreistufiger sozialer Problemlösungsprozeß erscheint (Joas, 1990a: 13 f.). Auf der ersten Stufe primärer Kreativität werden »individuelle Vorstellungskraft, Momente des Spielerischen und der Enthusiastik« freigesetzt, die auf der zweiten Stufe rationalisierenden Perfektionskriterien ausgesetzt werden, so daß die unterschiedlichen Gestalten der Ausprägung menschlicher Vernunft in der Lösung konkreter Probleme zusammengeführt und die »Offenheit der Selbstartikulation mit Verantwortungshaftigkeit und Selbstkontrolle zusammengedacht« werden können (Joas, 1990b: 8). Dieses Modell integrierter Kreativität steht ersichtlich im Zusammenhang eines pragmatistischen Sozialmodells von Wissen und Rationalität, das zwar das »effective working of an idea« zum Bezugspunkt der Explikation von Wahrheit schlechthin macht, das aber, anders als es etwa in sozialtechnologischen Vorstellungen aufgenommen wird, auf die demokratischen Selbstimplikationen pragmatischer Wissenserzeugung und -anwendung (also: rationaler Problemlösung) zielt und so auf die zentrale Stellung und Bedeutung der Idee von Öffentlichkeit in einem solchen Prozeß verweist: »Truth telling has always been a matter of adaptation to a social audience« (Kaufman-Osborn, 1985: 842).

Eine gesellschaftstheoretisch wichtige Implikation dieses Handlungsbegriffs liegt zweifellos darin, daß er die Projektion des Gesellschaftsbegriffs auf das territorial abgegrenzte Gebilde des modernen Staates etwa unterbricht und einige Skepsis gegenüber der Vorstellung einer normativen Integration von Gesellschaften provoziert. Vielmehr wird an die Stelle »einer nie stabilisierbaren Interessenbalance rationaler Akteure oder die nie erreichbare weiträumige normative Integration...die Vorstellung von Netzwerken der Handlungsverknüpfung (gesetzt), die in unterschiedlichem Maße Raum und Zeit überbrücken« (Joas, 1992: 343). Erst mit dieser Generalisierung des Modells kreativen Handelns zu der Vorstellung eines gleichsam *modularen*<sup>80</sup> Aufbaus moderner Gesellschaften

80 Dieser Begriff stammt von Herbert Simon und wird zur Kennzeichnung des Aufbaus komplexer Systeme über tief staffelbare System-Subsystem-Beziehungen verwandt (zit. bei Willke, 1992: 63). Trotz dieser ganz anderen Herkunft scheint er mir gut geeignet, auch das aus dem handlungstheoretischen Ansatz von Joas folgende Organisationsmodell moderner Gesellschaften zu erfassen.

ten, setzt sich Joas erntzunehmenden Einwänden aus. Zum einen kann diese Vorstellung schon deshalb nicht einfach an die Stelle normativer Ordnungen treten, deren Hauptmerkmal, wie Münch (1993: 295) zu Recht hervorhebt, ja darin besteht, daß sie auf einem Konsens über die moralische Dignität und Autonomie des Individuums aufruhen, dessen Möglichkeit und Zustandekommen auch erklärt werden können muß. Zum anderen läuft Joas Gefahr, sich mit der pragmatistischen Handlungstheorie unterhalb der Ansatzhöhe der kritisierten funktionalistischen und systemtheoretischen Paradigmen einzurichten (vgl. Münch, 1993: 303 f.), wenn er die Vorstellung einer normativen Integration vollständig aus dem Felde schlägt, weil die Stelle der Mechanismen der autonomen Vernetzung modular gedachter Einheiten zunächst unbesetzt bleibt.

An dieser Stelle ist er schließlich zu einem theoriestrategisch folgenreichen, leider aber nur knapp angedeuteten dritten Argumentationsschritt genötigt – demokratische Formen der Selbstregierung und Selbstbestimmung sollen nicht nur den internen Aufbau unterschiedlicher Handlungszusammenhänge regulieren, sondern darüber hinaus die Art ihrer Verknüpfung, mithin Fragen der Differenzierung und Entdifferenzierung in die eigene Regie nehmen: »Die Konstitutionstheorien können der Aufgabe einer normativen Reflexion auf die Idee der Demokratie nicht entgehen, in der die Idee der Selbstkonstitution auf die Bedingungen einer differenzierten modernen Gesellschaft hin zu konkretisieren ist« (Joas, 1992: 348). Für diese Synthese von Konstitutions- und Differenzierungstheorien schlägt er deshalb die Formel einer »Demokratisierung der Differenzierungsfrage« vor, die ihren Ausgangspunkt in der Einsicht hat, daß alle sozialen Prozesse in modernen Gesellschaften politisch vermittelt sind. Mit dieser Formel versucht er Möglichkeiten für die Steigerung der Chancen moderner Gesellschaften, auf sich selbst und ihre Entwicklung einzuwirken, zu eröffnen, ohne sich etwa Münchs (1984) Vertrauen in die Interpenetration aller Subsysteme überlassen zu müssen – das freilich setzt auch einige Phantasie auf dem Wege einer institutionellen Konkretisierung dieser Idee voraus. Die Suche nach entsprechenden institutionellen Formen, die Joas selber nur anregt, aber nicht selber durchführt, müßte grundsätzlich in drei Richtungen vorangetrieben werden (vgl. auch Giegel, 1992: 96 ff.): in Richtung funktionsspezifischer Teilsysteme, die schon von sich aus in der Regulierung ihrer Interaktionsbeziehungen eine gewisse Affinität zu Formen der kommunikativen, argumentativen Vernetzung aufweisen; zweitens in Richtung auf Formen der Assoziiierung und Gemeinschaftsbildung auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Prozesses und drittens in Richtung auf fokale Strukturen der gesellschaftlichen und politischen Problemlösung, in denen Akteure ›systemübergreifend‹ kommunizieren können und müssen.

